Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1900

548 (23.11.1900) Parlaments-Ausgabe

Visual Library

Ausgabe:
Wöchentlich zwölf mal.
Abonnementspreis:
Vierteljährlich:
in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mk. 80 Pf., in das Haus gebracht: 3 Mk., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 80 Pf.
Vorausbezahlung.

Sprechstunde der Redaktion 3—4 Uhr.

Telephonanschluß Nr. 401.

Badische Landeszeitung

mit Badischem Museum, Parlamentsausgabe und Verlosungsbeilage.

Anzeigegebühr:
Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 15 Pfg., für auswärtige Inserate 20 Pf. Reklamezeile 60 Pf.

Inseraten-Annahme in der Anzeigen-Expedition der Bad. Landeszeitung, Karlsruhe, Hirschstraße 3, sowie in allen Bureaux der Annoncen-Expeditionen von Rudolf Mosse.

Parlaments-Ausgabe. **Karlsruhe, den 23. November 1900.**

Parlamentarische Verhandlungen.

Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Deutscher Reichstag.

5. Sitzung vom 22. November.

Haus und Tribünen sind gut besetzt.

1 Uhr. am Bundesrathstisch: Graf von Bülow, Graf von Posadowsky, von Tirpitz, von Goßler. Frhr. von Richthofen u. A.

Eingegangen ist der Etat für 1901, derselbe wird am Sonnabend vertheilt werden.

Zunächst wird ein schleuniger Antrag auf Einstellung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Fischer (Sachsen, Sozd.) ohne Debatte angenommen.

Dann wird die erste Berathung der Chinavorlage fortgesetzt.

Abg. **Payer** (südd. Vp.): Alle bisherigen Redner waren darüber einig, daß die Nichteinberufung des Reichstags im Sommer ein schwerer politischer Fehler war, und daß sie sich nicht vertrug mit den Bestimmungen unserer Verfassung. Selbst die Konservativen haben diese Ansicht ausgesprochen. Die hier vorliegende Verfassungsverletzung verlangt eine weitgehende Sühne; wir dürfen nicht einfach die ausgegebenen Summen nachträglich bewilligen, sondern müssen darauf bestehen, daß ausdrücklich Indemnität ertheilt wird. In dieser Indemnität liegt ein scharfer Tadel gegen die Regierung (Sehr richtig! links), den wir aussprechen müssen, so unangenehm es der Regierung sein mag. (Sehr richtig! links.) Es ist ja klug vom Reichskanzler, daß er auf die ausdrückliche Ertheilung der Indemnität eingehen will. Aber daß einige Redner wegen dieses Entgegenkommens fast zu Thränen gerührt worden sind (Heiterkeit), dazu lag doch gar kein Grund vor. Wer ist nun Schuld an dem Verfassungsbruch? Herr v. Kardorff meint, die Vergeßlichkeit des früheren alten Reichskanzlers sei die Ursache gewesen. Das ist doch unmöglich anzunehmen, zumal Graf Bülow selbst zugegeben hat, daß nach seiner Ansicht im Sommer ernste Gründe für die Einberufung des Reichstags vorgelegen hätten. Diese seine Ansicht wird er doch im Sommer ausgesprochen haben. Also dieser despektirlichen Vermuthung des Herrn von Kardorff kann ich nicht beistimmen. Auch das kann ich nicht glauben, daß die „Freisinnige Zeitung" der Grund für die Nichteinberufung sei. Die Ausführungen des Reichskanzlers über diesen Punkt sind ja für die „Freisinnige Zeitung" sehr ehrenvoll, aber sie sind doch wohl nicht mehr als ein rhetorisches Fechterstückchen. (Sehr richtig! links). Ich finde nur einen Grund. Vielleicht haben uns die Regierenden als Wissende betrachtet, wenn sie in der Debatte nicht ausdrücklich zu erkennen gegeben haben, daß der Grund, der hier vorhanden war, in einer — wie man juristisch sagt — vis major zu finden ist. (Sehr gut! links.) Der Kriegsminister hat am Montag eine Rechtfertigung der sogenannten Hunnenrede des Kaisers versucht. Es hat ihn dabei allerdings, meiner Auffassung nach, sein guter Stern in hohem Maße im Stiche gelassen. (Sehr richtig! links.) Herr v. Bülow hat die moralische Verantwortung für die Reden des Kaisers übernommen, welche von der großen Mehrheit der Nation nicht mißverstanden werden. Die Hunnenrede des Kaisers konnte gar nicht mißverstanden werden; sie ist genau so verstanden wie sie gehalten ist. (Sehr richtig! links); hier war kein Mißverständniß möglich. So, wie man sie verstehen mußte, ist aber durch die Rede Schrecken, Beunruhigung und Widerspruch in die Nation getragen. Herr v. Bülow sollte, anstatt mit mehr oder weniger Geschick die Reden des Kaisers zu vertheidigen, lieber darauf hinwirken, daß derartige Reden überhaupt nicht gehalten werden. (Sehr richtig! links.) Allerdings gilt im Kriege Kriegsbrauch; aber der Kriegsbrauch muß heute ein anderer sein, als vor 1500 Jahren bei den Hunnen. (Sehr richtig! links.) Warum giebt übrigens der Reichskanzler kein Weißbuch über die ganzen Vorgänge heraus? Wir wünschen dringend, daß die in den mit Unrecht sogenannten Hunnenbriefen erzählten Vorgänge untersucht werden. Wir hoffen, daß man sich dabei nicht etwa an die armen Teufel halten wird, die im Vertrauen auf die Diskretion der Ihrigen die Briefe geschrieben haben. Ich möchte dann doch die Frage aufwerfen: Wo war eigentlich in diesem Sommer der Träger der Reichssouveränität, der Bundesrath? Er war ebenso wie der Reichstag überhaupt nicht da. Denn die Berufung des Bundesrathsausschusses hat gar keine Bedeutung gehabt. Unbescheiden ist der Bundesrath ja nie gewesen; aber er wird sicherlich auch empfunden haben, daß der bundesstaatliche Charakter des Reichs beeinträchtigt werden könnte, wenn er so wenig berücksichtigt wird wie in diesem Sommer. Er wird daher dieselben Gefühle haben wie der Reichstag, und es liegt wohl nur an der eigenartigen Organisation des Bundesraths, daß die Welt jetzt nicht das Schauspiel erlebt, zu sehen, wie Bundesrath und Reichstag zusammen Arm in Arm das Jahrhundert in die Schranken rufen. Wenn wirklich Indemnität bei uns nachgesucht wird, nicht nur für die Ausgaben, sondern auch für die Neuformationen, so werde ich mich der materiellen Prüfung der Forderungen nicht entziehen. Ich will mich dabei aber ebenso frei stellen, als wenn die Ausgaben jetzt erst gemacht werden sollten. Sollten sich dann Schwierigkeiten für die Regierung ergeben, so wird sie sich hoffentlich in Zukunft vorsehen. Schließlich muß ich doch Klarheit darüber verlangen, was die deutsche Chinapolitik eigentlich will. Es ist doch merkwürdig, daß der Herr Reichskanzler zunächst uns die Politik der verbündeten Regierungen in einer Weise vorführt, die sicher für die große Mehrheit des Volkes durchaus diskutabel ist, und daß derselbe Reichskanzler dann in einem Athemzuge die Verantwortung übernimmt für sämmtliche Kaiserreden, die wir in diesem Sommer gehört haben! (Sehr gut! links.) Daß das möglich ist, ist geradezu typisch für die Unerträglichkeit der jetzigen Zustände. Denn das Eine steht in diagonalem Gegensatze zum Andern; man kann nur die eine Politik vertreten oder die andere. Beides läßt sich nicht miteinander vereinbaren. (Sehr richtig! links.) Wenn ich darüber keine Auskunft erhalte, welches denn nun die wirkliche deutsche Chinapolitik ist, so muß ich ebenso wie zu der ganzen „Weltpolitik" auch zu dieser Vorlage ein klares und kräftiges Nein! sagen. (Beifall links.)

Bairischer Bundesraths-Bevollmächtigter Graf **Lerchenfeld:** Ich möchte Einiges darüber mittheilen, inwiefern der Bundesrath an den Vorgängen in diesem Sommer betheiligt war. Als die hier zur Erörterung stehenden Ereignisse eintraten, wurden selbstverständlich die hier anwesenden Mitglieder des Bundesraths vom Auswärtigen Amt auf ihr Verlangen über Alles unterrichtet, was für ihre Regierungen wissenswerth war. Kurze Zeit darauf fand man die Einberufung des diplomatischen Ausschusses des Bundesraths für nützlich. Er trat am 11. Juli zusammen und es wurden in ihm von dem jetzigen Herrn Reichskanzler in der eingehendsten Weise den im Ausschuß vertretenen Regierungen Mittheilungen gemacht über die Vorgeschichte der Wirren und über die Maßregeln, welche die Reichsregierung ergreifen zu müssen glaubte im Interesse der deutschen Ehre und zur Wahrung der Interessen des deutschen Handels und der Sicherheit der Deutschen. Es wurden uns auch genaue Darlegungen über die Ziele der deutschen Politik gegeben. In dem Ausschuß sind, wie bekannt, fünf Regierungen vertreten: Baiern, das den Vorsitz führt, außerdem Sachsen, Würtemberg, Baden und Hessen. Nachdem der diplomatische Ausschuß getagt hatte, wurde vom Reichskanzler an sämmtliche verbündete Regierungen ein Rundschreiben versandt, in dem ihnen die Verhandlungen des diplomatischen Ausschusses im Wesentlichen mitgetheilt wurden. Man kann also darnach nicht sagen, daß der Bundesrath in diesem Sommer über die Vorgänge im Unklaren geblieben und daß er übergangen worden wäre. Nun meinte der Abg. Payer, der Bundesrath als solcher hätte zugezogen werden müssen. Wenn eine Vorlage an den Bundesrath den Zweck gehabt hätte, die Körperschaft zu unterrichten, so ist dieser Zweck ja auch so erreicht worden. Wäre aber eine Vorlage mit einer Geldforderung an den Bundesrath gelangt, so würde ein Beschluß des Bundesraths in dieser Hinsicht nur ein Blankowechsel auf die Zukunft gewesen sein, denn Niemand konnte wissen, welche Ausdehnung die nöthigen Maßregeln haben würden. Jedenfalls muß ich konstatiren, daß im Ausschuß sämmtliche vertretenen Regierungen sich mit den ergriffenen Maßregeln und mit den Zielen der deutschen Politik einverstanden erklärt haben. Ich wüßte auch nicht, daß irgend eine Regierung einen abweichenden Standpunkt eingenommen hätte. Die Reichsregierung konnte sich gewiß versichert halten, daß der Bundesrath ihre Politik billige und daß er nachträglich genehmigen würde, was zur Durchführung der deutschen Politik erforderlich war.

Was nun die Einberufung des Reichstags betrifft, so ist dies nicht Sache der verbündeten Regierungen, d. h. des Bundesraths, sondern der Kaiser beruft den Reichstag im Namen der verbündeten Regierungen. Das läßt die Möglichkeit zu, daß von irgend einer Regierung die Einberufung des Reichstags angeregt wird. Die Frage ist auch im diplomatischen Ausschuß besprochen worden, und es sind von der dort vertretenen Regierung die Gründe nicht verkannt worden, die damals gegen die Einberufung sprachen und die Ihnen in der Thronrede mitgetheilt worden sind. (Lebhafter Widerspruch). Nun, wir können nicht gut mit einer Vorlage kommen, in der eigentlich nichts steht. (Rufe: Oho! Nanu!) Im Uebrigen möchte ich doch hervorheben, daß für die Mitglieder des diplomatischen Ausschusses der Grund mitbestimmend war, daß die Reichsregierung sicher sein konnte, daß beim Reichstag dieselben patriotischen Gefühle vorhanden sein würden wie beim Bundesrath. Wir konnten vertrauen, daß der Reichstag die Mittel bewilligen würde, und haben dies Vertrauen auch heute noch.

Nun noch etwas zu den Aeußerungen des Vorredners bezüglich der Indemnität. Bekanntlich ist das Wort Indemnität zum ersten Mal in Preußen gebraucht worden im Jahre 1867; es handelte sich damals um Ausgaben, welche vom Landtag abgelehnt, aber trotzdem von der Regierung gemacht worden waren. Nun weiß ich sehr wohl, daß der Ausdruck Indemnität auch in verschiedenen Fällen später gebraucht worden ist für solche Ausgaben, die nicht abgelehnt, aber auch nicht bewilligt waren. Es ist das 1873 bei den Etatsüberschreitungen für die Marine, und 1874 bei Militärausgaben geschehen. Aber die Herren wissen ebenso gut, daß in anderen Fällen wieder — ich kann da Bezug nehmen auf einen Vorgang vom Jahre 1887 — Ausgaben nachträglich bewilligt sind, ohne daß ausdrücklich Indemnität verlangt wurde. Es könnte entgegengehalten werden: Bei kleinen Anlässen ist der Ausdruck Idemnität nicht nothwendig, bei großen ist er nothwendig. Wo liegt aber der Unterschied zwischen groß und klein? Ich glaube, daß überhaupt dem Worte Idemnität eine staatsrechtliche Bedeutung nicht innewohnt. Im Reiche dürfen keine Ausgaben gemacht werden, ohne daß sie vom Bundesrathe und vom Reichstage genehmigt worden sind. Sind sie trotzdem gemacht, so entbehren sie solange der gesetzlichen Unterlagen, als nicht nachträglich die Bewilligung erfolgt ist. Erfolgt sie aber, so ist der Fehler sanirt, ganz gleichgiltig, ob in der Vorlage oder dem Gesetzestext des Ausdruck Indemnität vorkommt oder nicht. Ich kann noch bemerken, daß auch jetzt bei den Bundesrathsverhandlungen die Frage erörtert worden ist, und ich muß konstatiren, daß den verbündeten Regierungen, indem sie gesagt haben, es ist nicht nothwendig, den Ausdruck in die Vorlage zu schreiben, nichts ferner gelegen hat, als dadurch den Rechten des Reichstages irgendwie zu nahe zu treten. Wenn Bundesrath und Reichstag Ausgaben nachträglich bewilligen, so ertheilen sie dadurch Indemnität. In der vorgestrigen Sitzung hat der Reichskanzler bereits mitgetheilt, daß, wenn der Reichstag darauf besteht, daß das Wort „Indemnität" in der Vorlage steht, er sehr gern die Hand bieten würde, um eine Verständigung herbeizuführen. Ich bin der Ueberzeugung, daß auch meine Regierung dagegen nichts einzuwenden hat.

Abg. **v. Dziembowski-Pomian** (Pole): Auch wir freuen uns darüber, daß die verbündeten Regierungen in China keine Eroberungspolitik zu treiben gedenken und sich damit begnügen wollen, die Aufrechterhaltung der Grundsätze des Völkerrechts dort zu sichern. Aber, was in China recht ist, muß auch in Preußen recht sein (Heiterkeit). Auch im Inlande giebt es völkerrechtliche Normen, deren Beobachtung der Regierung künftig mehr am Herzen liegen sollte, als bisher. Die Hunnenbriefe werfen leider einen Schatten auf die civilisatorische Mission des Chinafeldzuges. Man darf doch die Ausschreitungen europäischer Soldaten nicht mit dem Beispiel der Boxer entschuldigen. Wenn man das thut, so stellt man die Kulturmächte mit den Boxern auf eine Stufe.

Abg. **Stöcker** (b. k. P.): Es ist auch mein Wunsch, daß im deutschen Reiche nichts geschieht, was gegen die Verfassung verstößt. Würde man die neuen Truppenformationen gebildet haben mit der festen Absicht, sie ganz oder theilweise bestehen zu lassen, so wäre das allerdings ein Anlaß gewesen, der die sofortige Einberufung des Reichstags nothwendig gemacht hätte. Da es sich aber darum nicht handelte und der Reichskanzler überdies gegen die Aufnahme des Ausdrucks „Indemnität" in das Gesetz keinen Einwand erhebt, so können wir uns, glaube ich, bei seiner Erklärung beruhigen. Eine absolute Nothwendigkeit, den Reichstag früher einzuberufen, lag umsoweniger vor, als die anderen Mächte ihre Parlamente ja auch nicht früher einberufen haben. Und was England und Frankreich nicht thun, kann doch nicht eine zwingende Nothwendigkeit gerade für uns sein. (Lachen links.) Immerhin hätte die Regierung durch die frühere Einberufung die Gelegenheit gehabt, die Stimmung der Nation über die Ermordung des Freiherrn von Ketteler sofort zum Ausdruck bringen zu lassen, und daß sie das nicht gethan hat, ist allerdings eine Unterlassung, die ich nicht verstehe. Aus der Rede des Herrn Bebel hat der „Vorwärts" eine große That gemacht. Es heißt da „Und Bebel sprach". Bebel wird als Uebermensch geschildert, aber seine Rede war eine der schwächsten, die er je gehalten hat, es war eine Rede voll Haß gegen Deutschland und voll Liebe zu den Boxern. In keinem anderen Lande wäre es möglich, eine so vaterlandslose und widrige Rede zu halten, (Oho! bei den Sozialdemokraten), Herr Bebel muß eine Schafheerde hinter sich haben, natürlich außerhalb des Hauses. (Heiterkeit.) Wer den Prinzen Tuan mit Freiheitshelden vergleicht, dem fehlt es nicht nur im Herzen, sondern noch ganz wo anders. Der deutsche Reichstag ist doch nicht dazu da, unsere Truppen zu beschimpfen und die Boxer zu verherrlichen. Es ist nicht wahr, daß keine Gefangene gemacht sind. Die Hunnenbriefe sind unkontrolirbar, ich weiß nicht, ob ihr Inhalt wahr ist. Darauf kann man doch keine solche Anklage erheben. Mir ist ein Fall erzählt, wo zwei Leute vom Schiffspersonal auf der Fahrt durchs rothe Meer starben und nachdem der Tod festgestellt war, ins Wasser geworfen wurden. Da schrieb ein Soldat nach Hause: „Wir sterben wie die Fliegen und werden noch warm ins Wasser geworfen." So entstehen Hunnenbriefe. Die Regierung sollte sofort telegraphisch Erkundigungen einziehen. Wir beten jeden Sonntag für unsere Truppen, aber das muß ich sagen: Wenn die Dinge wahr sind, die in jenen Briefen mitgetheilt werden, dann kann ich nicht mehr so warmen Herzens für unsere Soldaten beten. (Lachen bei den Soz.) Ich kann in Bezug auf die Boxer die Sentimentalität des Herrn Bebel, der kein Mitleid hatte mit den Opfern der Pariser Kommune, wirklich nicht begreifen. Erst Herr von Vollmar mußte den Sozialdemokraten die Scheußlichkeit der Kommune schildern. Herr Bebel billigte die Erschießung des Erzbischofs in Paris durch die Kommunarden. (Bebel ruft: Einfach erlogen!) Ja, Herr von Vollmar .... (Zuruf des Abg. Fischer: Bewußt erlogen! . .)

Vicepräsident **Frege:** Ich bitte, den Herrn nicht zu unterbrechen. (Heiterkeit.)

Abg. **Stöcker** (fortfahrend): Wir stehen jetzt blutigem Ernst gegenüber, und das wird zur Vertiefung unseres Urtheils über die Weltpolitik beitragen. Mit ein paar Reden am Frühstückstisch ist doch die Weltpolitik nicht abgethan. Wenn alle anderen Mächte sich an Erwerbungen in Ostasien betheiligen, so dürfen wir nicht bei Seite stehen. Die Blüthe unseres Handels ist dem Umstand zu danken, daß wir eine Weltmacht geworden sind. Diesen Weg müssen wir weiter gehen maßvoll und besonnen, aber wir dürfen auch nicht, wenn ein Sturmwind kommt, sofort zurückschrecken. Das ist einer Großmacht unwürdig. (Beifall rechts). An den chinesischen Wirren können die Sozialdemokraten erkennen, was eine Monarchie bedeutet, hinter der nichts weiter steht als Gewalt, Empörung, Raubgesindel und Spitzbüberei. (Oh! oh! bei den Sozialdemokraten.) Für den Süden Chinas ist eine andere Politik nöthig als für den Norden. Im Süden ist Sanftmuth und Milde angebracht, im Norden heißt es tapfer sein, fest zuschlagen und auf seinen Waffen schlafen. Wenn Herr Bebel meint, aus den letzten Ereignissen seien die ganzen Wirren entstanden, so kennt er die Verhältnisse nicht. Im Süden Chinas ist die Bewegung z. B. keineswegs fremdenfeindlich. Wenn die Boxer die Rede Bebels lesen werden, ernennen sie ihn vielleicht zum Ehrenmitglied (Heiterkeit.) Redner polemisirt weiter gegen die Artikel des „Vorwärts" über die Chinapolitik. Ich habe bisher immer gedacht, die Sozialdemokraten hätten nur das Verständniß für das Nationale verloren, jetzt sehe ich aber, daß sie auch für das Internationale kein Verständniß haben. (Heiterkeit rechts.) Die erfreulichsten Lichtpunkte in der Chinapolitik sind die Missionen, gegen die sich Bebel wendet; würden sie nicht sein, so würden sich die Heiden, zu denen die Sozialdemokratie ein großes Kontingent stellt, noch vermehren. Daß die Missionen an den Wirren unschuldig sind, giebt jeder Kenner zu. Wie kommt Herr Bebel dazu, uns unsere Propaganda für das Christenthum zu verbieten? Lassen Sie doch lieber Ihre Agitation für die Sozialdemokratie! Es giebt in China eine große Reformpartei, die sich nach der Kultur des Westens sehnt. Diesen Bestrebungen zum Siege zu verhelfen, das ist es, worauf Alles ankommt. Es muß uns gelingen, den Fremdenhaß in China zu bekämpfen. Daß die Regierung die Chinesen wegen der Ermordung der Missionare zum Bau von Kirchen gezwungen hat, halte ich nicht für richtig, man muß sich hüten, Politik und Religion zu verquicken. Vergessen wir nicht, daß das Blut der Missionare der Same ist, aus dem das Christenthum entsteht. (Beifall rechts.)

Vicepräsident Dr. **v. Frege** läutet heftig mit der Glocke und bemerkt mit erregter Stimme: Während der Rede des Abg. Stöcker ist der laute Zwischenruf der Lüge gefallen. Ich habe festgestellt, daß er von dem Abg. Fischer-Berlin gefallen ist, und rufe ihn deshalb zur Ordnung.

Abg. **Bebel** (Soz.) ruft: Ich habe es auch gesagt.

Abg. **Singer:** Wir Alle!

Vicepräsident Dr. **v. Frege** in noch erregterem Tone: Dann rufe ich denselben Herrn, der sich dazu gemeldet hat, gleichfalls zur Ordnung. (Heiterkeit.)

Abg. Frhr. **von Hodenberg** (Welfe): Ich werde für die Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission stimmen. Ich kann mich aber dem Eindruck nicht verschließen, daß es manchen Großmächten in China mehr darum zu thun ist, im Trüben zu fischen, als Frieden zu schaffen. Es ist auch zu befürchten, daß einzelne der gestellten Bedingungen für die Chinesen unannehmbar sein werden. Es ist leider mit die Schuld der Majorität des Reichstages, daß das Ansehen des deutschen Parlamentarismus immer mehr zurückgeht, es ist aber auch zu bedauern, daß durch die Schuld der Minister es häufig hier nothwendig wird, Reden des Kaisers zu kritisiren. Die Vorgänge bei der Ausfahrt der Truppen erinnern an die Zeiten des römischen Reichs, in denen das ganze politische Streben des Pöbels dahin ging, panem et circenses zu erhalten.

Abg **Singer** (Soz.): Die Ausführungen des bairischen Bundesraths-Bevollmächtigten haben in mir den Eindruck verstärkt, daß der sogenannte diplomatische Ausschuß des Bundesraths nichts weiter ist, als eine Dekoration. Er sagt zu Allem, was ihm vorgelegt wird, Ja und Amen. Herr Stöcker hat die Nicht-Einberufung des Reichstags damit entschuldigt, daß auch die anderen Staaten ihre Parlamente nicht einberufen haben. (Stöcker ruft: Das habe ich garnicht gesagt!) Wenn Herr Stöcker das Stenogramm seiner Rede nachsehen wird, wird er finden, daß er das gesagt hat.

Präsident Graf **Ballestrem** bittet, den Redner nicht zu unterbrechen.

Abg. **Singer** (fortfahrend): Mein Freund Bebel hat in seinem Zwischenruf die unumstößliche Wahrheit gesagt, aber Herr Stöcker kann die Wahrheit eben nicht leiden.

Präsident Graf **Ballestrem:** Herr Abgeordneter, Sie dürfen von einem Mitgliede des Reichstages nicht sagen, daß es die Wahrheit nicht leiden kann. Ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg. **Singer** (fortfahrend): Herr Stöcker hat gemeint, die Hunnenbriefe enthielten Uebertreibungen. Allerdings, die Soldaten, die die Hunnenbriefe geschrieben haben, konnten nicht mit der Vorsicht schreiben, wie der Verfasser eines Scheiterhaufenbriefes. (Heiterkeit links.) Er har ferner gesagt, wenn die Heiden nach Europa kämen, würden meine Parteigenossen mit ihnen gemeinsame Sache machen. Nun, meine Freunde wären tausendmal lieber in der Gesellschaft der Heiden, als in der Gesellschaft des Herrn Stöcker. (Sehr gut! links, Heiterkeit.) Die späte Einberufung des Reichstags ist die Folge der Bereitwilligkeit, mit der dieser Reichstag alle Forderungen der verbündeten Regierungen bewilligt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Indemnitätsertheilung genügt nicht. Vorher mußte der Reichstag befragt werden, ehe Deutsch-

land in weltpolitische Abenteuer verwickelt wurde. Wenn man jetzt sagt: Wenn ihr durchaus wollt, dann entheilt Idemnität, dann ist das eine Behandlung, die dem Ernst der Lage durchaus nicht entspricht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Der Reichskanzler hat an die Aussprüche früherer Hohenzollern erinnert. Die Auffassung, die darin zum Ausdruck kam, ist längst antiquirt. Jetzt heißt es: Sic volo, sic jubeo! Regis voluntas suprema lex. Die deutsche Politik ist jetzt auf das Niveau der russisch-asiatischen Kultur herabgesunken. Der Kriegsminister scheint nach einem Etzel II. zu suchen. Er sagte, die Kaiserrede sei mißverstanden worden. Nein, die Hunnenbriefe beweisen gerade, daß die Worte: Pardon wird nicht gegeben! nicht mißverstanden worden sind. Wir werden die Verfasser der Hunnenbriefe nicht nennen, denn sonst würde in der bekannten Weise unserer Militärgerichtsbarkeit gegen sie vorgegangen werden. Das deutsche Volk muß den Briefschreibern dankbar sein, daß sie die Wahrheit aus China berichten. Es ist bestimmt worden, daß jetzt nur noch Feldpostkarten aus China befördert werden sollen. Die Kommandobehörde will also die Nachrichten aus China jetzt kontrolliren. Auch über die Verpflegung der Truppen werden schon Klagen laut. In der telegraphischen Berichterstattung wird ein Unterschied gemacht zwischen Offiziersfamilien und Soldatenfamilien. Es wird als Zurücksetzung und Unrecht empfunden, wenn die in Sorge und Angst schwebenden Eltern der gewöhnlichen Soldaten weniger über ihre Söhne unterrichtet werden als die Angehörigen der Offiziere. Sollte daran nicht die bekannte preußisch-deutsche Sparsamkeit schuld sein? Gegen die Auffassung des Kriegsministers, als seien die Boxer dem von uns geforderten Volksheer gleichstehend, muß ich protestiren, höchstens könnte man die Boeren in Transvaal mit einem Volksheer vergleichen. Der Abg. Bassermann hat die Anschauung Bebels widerlegen zu können geglaubt durch die Aeußerungen einzelner meiner Parteigenossen in der Presse; er vergißt aber, daß die „Sozialistischen Monatshefte" kein Parteiblatt sind, sondern eine Revue, in der Leute verschiedenster politischer Richtung ihre Meinung niederlegen. Die sozialdemokratische Partei hat ihrer Anschauung über die Weltpolitik Ausdruck gegeben durch die in Mainz gefaßte Resolution; daran allein sollte sich Herr Bassermann halten. Dort haben wir gegen die Raubpolitik der verbündeten Regierungen protestirt . . .

Präsident Graf **Ballestrem:** Herr Singer, Sie dürfen die Politik der verbündeten Regierungen nicht als Raubpolitik bezeichnen. Ich rufe Sie deshalb zum zweiten Mal zur Ordnung und mache Sie zugleich auf die Folgen eines dritten Ordnungsrufs aufmerksam.

Abg. **Singer** (fortfahrend): Herr Bassermann hat gesagt, die Weltpolitik käme auch den Arbeitern zu gute; ich frage ihn, ob er etwa behaupten will, daß das durch die Schiffsbauten geschehe. Wir haben bisher nichts davon erfahren, daß etwa die Löhne der Werftarbeiter besser geworden seien. Im Gegentheil, gerade die Inszenirung der Weltpolitik hat die Lage der Arbeiter noch verschlechtert. Der Beginn derselben war zugleich das Zeichen für die Arbeitgeber, sich zu koaliren und die Löhne zu drücken. Die Kohlennoth hängt damit ebenfalls zusammen. Die Wirkung dieser Vorlage ist: den Unternehmern werden Millionen zugetragen und den Arbeitern entzogen. Die Uebernahme des Oberbefehls durch den Grafen Waldersee sehe ich nicht als einen Akt der Klugheit der deutschen Diplomatie an, sondern ich erachte es als einen Akt der Klugheit der auswärtigen Mächte, daß sie sich mit diesem Oberbefehl einverstanden erklärten, denn sie bürden dadurch Deutschland die Verantwortung für die ganze Expedition auf. Selbst national-liberale Blätter z. B. die „Rheinisch-westfälische Zeitung" haben den Grafen Waldersee einen Theatergeneral genannt. (Abg. Dr. **Sattler** ruft: Die „Rheinisch-westfälische Zeitung" ist kein national-liberales Blatt.) Jedenfalls ist es aber ein bürgerliches Blatt. Wir werden gegen die Vorlage stimmen, denn wir können eine Politik nicht gutheißen, die wir als volksfeindlich und volksverderblich bezeichnen müssen.

Abg. Dr. **Bachem** (Ctr.): Der Reichskanzler hat sich bereit erklärt, das Wort „Indemnität" in die Vorlage aufzunehmen. Besser wäre es, die Regierung hätte von vornherein selbst um Indemnität nachgesucht, sie hätte dem Centrum (Große Heiterkeit) — ich meine dem Reichstag — geben sollen, was ihm zukommt. Beide Körperschaften, Bundesrath und Reichstag, müssen ihre gegenseitigen Rechte achten. Die Rede des Abg. Singer kommt darauf hinaus, daß er die Chinesen, die Herrn von Ketteler ermordet haben, als unschuldig hinstellt. So liegt aber die Sache nicht. Wundern muß ich mich, daß der bairische Gesandte keinen Unterschied zwischen nachträglicher Bewilligung und Indemnität macht; es handelt sich doch hier darum, daß man den Reichstag nicht befragt hat, obwohl die Möglichkeit dazu vorlag. Das ist das Entscheidende, und deshalb mußte die Regierung um Indemnität nachsuchen. Die Abgeordneten Bebel und Richter haben die katholischen Missionen heftig und in ungerechtfertigter Weise angegriffen. Der Reichskanzler hat ja bereits die Versicherung gegeben, daß er die katholischen Missionen nicht differentiell behandeln wolle; ich bin ihm dafür dankbar. Wie kann man sagen, daß die in China zum Christenthum Bekehrten zu den schlechtesten Elementen gehören, die sich nur von materiellen Interessen leiten lassen! Das ist nicht der Fall. Es liegt eben im Wesen des Christenthums, daß es sich zuerst an die Armen wendet, und ich begreife wirklich nicht, wie gerade die Sozialdemokraten die ärmeren Klassen für minderwerthige Elemente erklären können. (Sehr gut! rechts und im Centrum.) Selbst christenfeindliche chinesische Gouverneure haben anerkannt, daß die Missionare nur Gutes gestiftet haben. Herr Bebel sagte, der Bischof Anzer habe in China eine verhängnißvolle Rolle gespielt. (Abg. **Bebel:** Sehr wahr!) Herr Bebel ruft „Sehr wahr". Das kann man nur rufen, wenn man sozialdemokratisch voreingenommen ist. Die Rolle, die der Bischof Anzer gespielt hat, bestand darin, daß er nicht als Missionar, sondern als deutscher Staatsbürger auf die Bedeutung von Kiautschou hingewiesen hat. Daraus darf ihm doch die Volksvertretung keinen Vorwurf machen; vom patriotischen Standpunkt aus war sein Rath durchaus angebracht, er vertrat nur das Interesse des deutschen Reichs. (Beifall im Centrum.) Der Bischof Anzer ist nicht, wie der Abg. Bebel behauptet, in einen chinesischen Tempel eingedrungen, er hat diesen Tempel vielmehr nur auf Aufforderung der chinesischen Regierung zu einer Berathung mit Mandarinen betreten. Nachher stellte sich allerdings heraus, daß ihm dabei von den Mandarinen eine Falle gestellt war. Es ist aber nicht wahr, daß der Vorfall eine längere Erregung hinterlassen hätte. Wenn bei uns Li-Hung-Tschang den Wunsch gehabt hätte, den Kölner Dom zu besichtigen, so würden wir uns gefreut haben, daß er die Schönheit dieses Domes bewundern wollte. Herr Bebel ist also im Unrecht, wenn er meint, die Christen verhielten sich in diesem Punkte ebenso wie die Chinesen. (Sehr richtig! im Centrum.) Bischof Anzer hat niemals gesagt, daß die Besitznahme von Kiautschou der wirkliche Grund für die Wirren gewesen sei. Sie war nur der letzte Anstoß, gewissermaßen der letzte Grund, der dem Fasse den Boden ausgeschlagen hat. (Lachen bei den Soz.) Nun ist mehrfach die Forderung aufgestellt worden, daß man Religion und Politik nicht vermengen dürfe. Es wäre gewiß erwünscht, wenn es möglich wäre, Religion und Politik so scharf zu trennen, wie es die Abgg. Bebel und Richter wünschen. Niemals haben die Missionare eine Vermischung von Beidem angestrebt. Ganz anders steht es mit dem Schutz der Missionare. Die Missionare können doch verlangen, daß sie ebenso wie jeder andere Reichsangehörige im Auslande geschützt werden. Diesen Schutz hat die deutsche Regierung ja auch durch Vertrag übernommen. Man darf doch nicht etwa den Standpunkt einnehmen: Zum Gelderwerb dürfen die Deutschen nach China gehen, nicht aber aus religiösen Gründen. Der letztere Zweck ist doch mindestens ebenso unterstützungswürdig wie der erste. Es ist allerdings angemessen, daß wir unsere Interessen vertreten. Dazu ist es aber nicht nöthig, daß im Lande eine Bewegung betrieben wird, die auf die Pflege eines ungesunden Chauvinismus hinausläuft. Man ist vielfach mit großen Worten über den Ernst der Situation hinweggegangen. Wenn wir uns die nüchterne Auffassung von 1870 bewahren, dann wird die Zukunft Deutschlands am Besten gesichert. (Beifall im Centrum.)

Abg. Frhr. **v. Wangenheim** (k.): Es handelt sich bei den jetzigen Debatten nicht darum, ob wir nach China gehen wollen oder nicht, ob wir Weltpolitik treiben wollen ꝛc., sondern es handelt sich um eine schnöde Verletzung des Völkerrechts, die gesühnt werden mußte. Erfreulicherweise hat sich in diesem Sommer gezeigt, daß unsere militärische Leistungsfähigkeit seit 1870 nicht gelitten hat. Das ist sehr erfreulich besonders angesichts des Umstandes, daß wir in den letzten Jahren allzusehr uns daran gewöhnt haben, uns selber Weihrauch zu streuen. Wir wollen den Sozialdemokraten den traurigen Ruhm lassen, daß sie die Einzigen sind, die die Haltung unserer Truppen in China verunglimpft haben. Wir Agrarier haben an der ganzen Sache das geringste Interesse. (Sehr richtig! rechts.) Die Freunde des Abg. Richter, die die Interessen des Großkapitals vertreten, haben ein bedeutend größeres Interesse daran. Es ist bedauerlich, daß trotzdem das deutsche Großkapital hier, wie öfter in nationalen Fragen, versagt hat. Daß der Reichstag im Sommer nicht einberufen worden ist, halte auch ich für einen schweren politischen Fehler. Bei der jetzigen Zusammensetzung des Reichstags hätte die Regierung ihn ohne Bedenken berufen können. Herr v. Kardorff hat gestern gesagt, wir hätten in Deutschland das parlamentarische Regiment. Nein, m. H., das haben wir Gott sei Dank nicht! Trotzdem bin ich der Meinung, daß der Reichstag hätte berufen werden müssen. Die Kritik der Kaiserreden, wie sie hier vorgenommen worden ist, bedauere ich; ich fürchte, daß dadurch das monarchische Empfinden geschädigt wird. Einer Bemerkung des Abg. Bebel muß ich aber zustimmen: Ich weiß, daß es einflußreiche Kreise giebt, welche fortgesetzt S. M. dem Kaiser gefälschte Berichte unterbreiten. (Hört, hört!) Ich weiß, daß es Kreise giebt, welche eine Wolke zwischen den Kaiser und sein Volk, auch die bäuerische Bevölkerung zu schieben suchen (Hört, hört!), eine Wolke, welche nicht nur Weihrauch, auch weniger duftende Stoffe enthält. Es freut uns, daß der Reichskanzler beruhigende Erklärungen über die deutsche Politik abgegeben hat. Das deutsche Volk ist in seiner großen Mehrheit Gegner einer ausschweifenden Weltpolitik. Nach seinen jüngsten Ausführungen hoffen wir, daß auch der Herr Reichskanzler entschlossen ist, die deutsche Politik in vernünftigen Grenzen zu halten. (Lebhafter Beifall rechts.) Im deutschen Volk ist ein ungeheurer Schatz von Königstreue angesammelt; unser Volk läßt sich hierin von keinem andern Volke übertreffen. Dieses Kapital von Liebe und Treue nicht nur zu erhalten sondern noch zu vermehren, ist die weiseste und größte Aufgabe eines deutschen Staatsmannes. Nicht Mehrer des Reichs zu sein an äußeren Erwerbungen, sondern an Festigung und Konsolidirung im Innern, das ist das Amt des deutschen Reichskanzlers. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Wenn es den Grafen Bülow gelingt, das Werk zu befestigen und zu kräftigen, das sein großer Vorgänger, Fürst Bismarck, geschaffen hat, dann wird er, davon bin ich fest überzeugt, die große Mehrheit der Nation hinter sich haben. (Lebhafter Beifall rechts, Lachen links.)

Ein Vertagungsantrag wird hierauf angenommen.

Persönlich bemerkt

Abg. **Stöcker** (b. k. P.): Herr Singer hat eine Bemerkung gemacht, die weder seinem Charakter noch seinem Kopfe große Ehre macht. Er meinte, Scheiterhaufenbriefe seien es nicht, die unsere Soldaten geschrieben hätten. Das ist freilich richtig, das verstehen sie auch gewiß gar nicht, im Uebrigen aber weise ich Herrn Singer darauf hin, daß hinsichtlich des Briefes, auf den er anspielt, von einem preußischen Gerichtshofe anerkannt worden ist, daß er vollkommen loyal aufgefaßt werden könne. Ich habe übrigens noch nie einen Brief erfunden, wie das z. B. Herr Bebel im Falle Tucker gethan hat. (Widerspruch bei den Soz.) Was die Gewaltthaten zur Zeit der französischen Kommune anlangt, auf die auch hingewiesen wurde, so hat der Abg. Bebel am 14. April 1871 erklärt, daß die Kommune stellenweise noch mit Mäßigung verfahren sei und daß in ähnlichen Fällen in Deutschland vielleicht noch ganz andere Mittel angewandt werden würden. (Hört, hört! rechts.) Der Kampf in Paris sei nur ein kleines Vorpostengefecht gewesen. Der Schlachtruf des Proletariats werde sein: Krieg den Palästen. Herr Bebel hat sich wieder geirrt, wie immer, wenn er etwas prophezeit. (Heiterkeit.)

Präsident Graf **Ballestrem:** Das ist nicht mehr persönlich. (Heiterkeit.)

Abg. **Stöcker** (fortfahrend): Der Abg. Bebel hat später sich noch einmal für die Kommune ausgesprochen und geäußert, man könne die Erschießung der Geiseln nicht auf das Schuldkonto der Kommune setzen. Aber er hat ausdrücklich hinzugefügt, daß selbst, wenn die Geiseln auf Befehl der Kommunards erschossen worden wären, sie damit doch nur etwas gethan hätten, was nach bestehendem Kriegsrecht und Kriegsbrauch berechtigt wäre. (Hört, hört! rechts.) Ob die Sozialdemokraten danach das Recht hatten, meine Aeußerungen als Lüge zu bezeichnen, das kann ich dem ganzen Hause und dem Urtheil aller denkfähigen Menschen überlassen. Die Herren haben nicht den Muth, das, was sie früher gesagt haben, anzuerkennen. (Glocke des Präsidenten.) Wenn Herr Singer gesagt hat, er wolle tausendmal lieber Heide sein, als bei mir, so erkenne ich daraus, daß ich ihn richtig taxirt habe. (Große Heiterkeit.)

Abg. **Bebel** (Soz.): Der Abg. Stöcker ist in einer sogenannten persönlichen Bemerkung auf eine Reihe früherer Aeußerungen von mir eingegangen, die ich vor Jahrzehnten gemacht habe. Ich werde morgen darauf zurückkommen und kann heute nur erklären, daß ich von dem, was ich früher gesagt habe, irgend etwas zurück zu nehmen keine Veranlassung habe. Dafür, daß die Sozialdemokratie die Erschießung des Erzbischofs in Paris gepriesen habe, hat Herr Stöcker keinen Beweis antreten können. Er hat also eine Unwahrheit gesagt.

Präsident Graf **Ballestrem:** Ich bitte die Herren, doch nicht so zweideutige Worte, wie Unwahrheit, zu gebrauchen (Heiterkeit). Sollte er damit eine bewußte Unwahrheit gemeint haben, so wäre das nicht zulässig.

Abg. **Stöcker:** Herr Bebel und die gesammte Sozialdemokratie bis auf Herrn v. Vollmar, der das ganze Geschwätz endlich desavouirt hat, wofür ich ihm dankbar bin, sie alle haben die Kommune gepriesen und die Erschießung der Geißeln gebilligt. Daraus kann ich doch wohl den Schluß ziehen, daß sie auch die Erschießung des Erzbischofs gepriesen haben. (Widerspruch und Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Fortsetzung der ersten Lesung der Chinavorlage, Interpellation der Sozialdemokraten betr. die 12000 Mk.-Angelegenheit, Interpellation Graf Oriola betr. Militärinvaliden.)

Schluß 5¾ Uhr.

Verantwortlicher Redacteur Felix v. Eckardt.

Konzert-Pianino,

hochfeines Instrument **erster Qualität**, Nußbaumholz, matt und blank, mit Aufsatz, kreuzsaitig, 3-chörig, 7 Oktaven, ganzer Eisenrahmen, Repetitionsmechanik, Unterdämpfung, ist zu Mk. 1000.— unter langjähr. Garantie **zu verkaufen.** Der Ton ist groß, voll und edel, die Spielart elastisch, das Aeußere effektvoll! (Fabrikpreisliste Mk. 1100).

M. Hack, Karlsruhe,
Ecke der Kriegs- u. Rüppurrerstraße.

Kein Laden, größter Umsatz!

(Verkauf im vorigen Monat 29 Instrumente.) 1334

Möbel.

Großes Lager in sämtlichen **Polster- und Kastenmöbeln, Tische, Stühle, Spiegel, Bettfedern, Roßhaar** zu den **niedrigsten Preisen. Kompl. Aussteuern** und **ganze Zimmereinrichtungen werden noch besonders berücksichtigt.** 471.52.44

Lud. Seiter,
Möbel- und Tapeziergeschäft, Waldstraße 7.

Salzwedeler Baumkuchen

in anerkannt vorzüglicher Qualität im Preise von 6—50 M. versendet

C. Peters,
Hoflieferant Sr. Hoh. d. Herzogs von Anhalt, 8225
Salzwedel.

Geld suchende, selbständige Geschäftsleute wenden sich an: **A. K. 20 postl. München.** 7047

Jahresfrequenz über 300 Schüler.

Höhere Handelsschule Calw i. Württbg.

(Bestempfohlenes Institut mit Pensionat für jüngere u. ältere Schüler.) **Nächste Aufnahme in die beiden 6 monatl. Separatkurse am 7. Januar 1901.**

Unsere Separatkurse bieten jungen Leuten, auch vorgerückteren Alters, die beste Gelegenheit zu tüchtiger Ausbildung in allen Buchführungssystemen, kaufm. Rechnen, Korrespondenz, Handels- u. Wechselrecht, Schönschreiben, Stenographie, Maschinenschreiben ꝛc. ꝛc. Abteilung A eignet sich für junge Leute mit besserer Schulbildung; Abteilung B für solche, die auch mangelhafte Schulkenntnisse ergänzen wollen und besonders auch für Gewerbetreibende. Prospekte mit vielen Referenzen durch den Direktor Spöhrer. 8229

12 Lehrer.

Die **beste** und **billigste Schreibmaschine** ist die

„Empire"

der

Adlerfahrradwerke Frankfurt a. M.

Generalvertreter:

Alwin Vater, Karlsruhe. Zirkel 32.

Abschriften und Vervielfältigungen mittelst Schreibmaschinen werden schnellstens angefertigt. 1174

Die beste und billigste Seide

wird in der Schweiz erstellt.

Seidenstoffe jeder Art

in schwarz, weiss, farbig etc. von **Mk. 1.40** bis **Mk. 10.—** unerreichte Auswahl, mit Garantie für solides Tragen versenden zoll- und portofrei direkt an Private

Seidenstoff-Export-Haus

Magazine zum wilden Mann, Basel.

— Muster umgehend und franko. — 12016

„Wahrer Jacob"

der beste aller MAGENBITTER

PRÄMIIRT SEIT 1850. ERFUNDEN UND ALLEIN FABRIZIRT SEIT 1846 VON

JACOB DROUVEN & Co
Hoflieferanten
COBLENZ
a. Rhein.

1050.7.5

Ist zu haben in **Karlsruhe** bei: Rest. Wilh. Bolch, „Merkur," Hôt. H. Herth, „Rotes Haus," Weinhdl. C. Jessen, Hôt. J. Koch, „Karpfen," Hoflieferant Louis Lauer, Nachfolger, Rest. Alb. Meier, „Colosseum" u. Hofconditor G. Oehler. Rest. Gustav Zahn, „alte Brauerei Kammerer".

E. Raupp, Hofvergolder,
Nachf. Wilh. Pfeiffer,
8 Friedrichsplatz 8,
empfiehlt sich in allen vorkommenden Arbeiten. 1124

Lager von Spiegeln u. Bildern.

Spezialität
im Bilder-Einrahmen.
Schöne solide Arbeit. Billige Preise.

Paris.

Grande Pension de famille
45 Rue de Paradis.
Prix très-modérés. 4587 20.

Großes Lager vorzüglicher

Weiss- u. Rotweine.

Billige Tischweine im Faß und feinste Jahrgänge in Flaschen. 3178

Moselweine

zu 60, 75, 90, 100, 120, Pfg. pr. Liter im Faß oder per Flasche.
Preislisten u. Proben frei in's Haus.

C. Jessen,
Karlstraße 29a, **Karlsruhe.**

Stearinkerzen Ia

von Münzing in Heilbronn in allen Einteilungen

Renaissancekerzen

Gasanzünder

empfiehlt 1385

Luise Wolf, Wtw.
4 Karl-Friedrichstraße 4.

Comptoir-Stelle-Gesuch.

Suche für einen gegenwärtig bei den Stadtverwaltung Stuttgart angestellter, 26jähr., verheir. **Kanzlei Gehilfen,** mit schöner Handschr., welcher im Verwaltungsfach gelernt, im Kranken- u. Invaliden-Versicherungswesen und der Sparkassenverwaltung durchaus erfahren, als pflichttreu und gewissenhaft empfohlen ist, als **Sekretär** oder in irgend einem guten Bureau passende Stellung. Gehaltsansp. etwa M. 1560. Gefl. Anfragen erbeten an die Exped. die Bl. unter Chiffre **F. B.**

Wer schnell u. billigst Stellung finden will, der verlange per Postkarte die **„Deutsche Vakanzenpost"** in Eßlingen 8018

Druck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstraße Nr. 9 in Karlsruhe.